

WEP-13

Heide Rühle
Liststr. 65
70180 Stuttgart
www.heide-ruehle.de

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bewerbe mich um Platz 3 der Bundesliste zu den Europawahlen und bitte um eure Unterstützung.

Das Wahljahr 2009 wird lang, neben der Europawahl müssen wir in vielen Bundesländern auch Kommunal- und Landtagswahlen organisieren und im September stehen die Bundestagswahlen an. Ich möchte mich in diesem Wahlmarathon vor allem dafür einsetzen, dass Europa nicht vernachlässigt wird. Ohne ein handlungsfähiges Europa lassen sich die großen Krisen und Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht lösen: der Klimawandel, die Finanz- und Wirtschaftskrise und die globale Nahrungsmittelkrise.

Auch wenn die Enttäuschung über die Ergebnisse des letzten Europagipfels tief sitzt, der Kampf um die richtige Lösung gegen den Klimawandel geht weiter, und wir brauchen eine starke grüne Fraktion im Europaparlament, die es versteht, Mehrheiten für Grüne Themen zu organisieren. Merkel hat gezeigt, wie dünn der Firnis der Klimakanzlerin ist: In der Finanzkrise haben für sie die Interessen der deutschen Konzerne erste Priorität. Wir müssen in diesem Wahljahr deutlich machen, dass die Finanzmarktkrise nicht nur eine Folge fehlender Regulierungen und des Platzens von Spekulationsblasen ist, sondern dass dahinter die Frage nach der Nachhaltigkeit der Finanzmärkte steht. Klima-, Finanzmarkt- und Nahrungsmittelkrise stehen in einem engen Zusammenhang. Alle drei Krisen sind das Ergebnis eines globalen Markt- und Politikversagens. Ohne einen tiefgreifenden ökologischen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich weder die Finanz-, noch die Klima- oder die Hungerkrise lösen.

Vordergründig hat die Krise zu einer neuen Rolle des Staates geführt, selbst konservative Medien fordern plötzlich Verstaatlichungen und den „starken Staat“. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass es letztlich nur um den Staat als letzte Instanz geht, als Bürgen, der die Folgen einer verfehlten Politik finanziell tragen und ausbügeln soll. Und eine andere Frage wird in der Öffentlichkeit zu kurz oder gar nicht beleuchtet: die Frage der verfehlten europäischen Wettbewerbspolitik. Wenn das Bilanzvolumen von Banken, wie der niederländischen ING, das Zweieinhalbfache des niederländischen Bruttosozialproduktes beträgt und sie damit *“too big to fail“* sind, sieht die niederländische EU-Kommissarin Nellie Kroes darin scheinbar kein Problem. Stattdessen betreibt sie verbissen die Öffnung der deutschen regionalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit dem Argument, diese Banken seien ein Wettbewerbshindernis im Binnenmarkt, da sie zu geringe Gewinnerwartungen (unter 25 %!) hätten. Das zeigt, dass Kroes ihren Job als oberste Wettbewerbshüterin verfehlt hat.

Die Fehler der europäischen Liberalisierungspolitik waren ein Schwerpunkt meiner Arbeit in den vergangenen fünf Jahren, neben der Verbraucherpolitik (unter anderem Dienstleistungsrichtlinie, Verbraucherkreditrichtlinie, Spielzeugrichtlinie, Handelsverbot für Hunde- und Katzenfelle). Die bisherigen Liberalisierungen haben das Thema Wettbewerb völlig ausgeklammert. Statt staatlichen Monopolen haben wir heute private Monopole mit zum Teil oligopolartigen Strukturen bei Energie, Bahn, Post und Telekommunikation. Die Kommission sieht darin leider nur selten ein Problem, setzt im Gegenteil auf die Schaffung europäischer „Global Player“ und macht sich nun seit längerem auch daran, den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge für den Binnenmarkt und die großen Player zu öffnen.

WEP-13

Bei den so genannten Diensten der Daseinsvorsorge, vom Wasser über die Krankenhäuser bis zu den Sparkassen, mischt Europa immer stärker mit, vergrößert die Rechtsunsicherheit in den Kommunen und engt die Handlungsspielräume der Kommunen ein. Der Reformvertrag von Lissabon hätte eine gute Grundlage geboten, kommunale Selbstverwaltung auf europäischer Ebene zu verteidigen. Deshalb war das irische Nein leider keine Hilfe bei der Auseinandersetzung um die demokratische und soziale Gestaltung Europas.

In diesen Themenbereichen habe ich die vergangenen fünf Jahre gearbeitet, Angesichts der anstehenden Probleme möchte ich diese Arbeit gerne fortsetzen und bewerbe mich deshalb um Platz 3 der Europaliste. Nur eine ausgewogene Liste, die sowohl auf neue Köpfe als auch auf erfahrene EuropapolitikerInnen setzt, kann Grüne Politik im Europaparlament erfolgreich umsetzen.

Mit Grünen Grüßen

Heide Rühle

Zur Person

- geboren am 5. November 1948 in Heilbronn
- Studium der Psychologie in Tübingen
- verheiratet, zwei erwachsene Kinder
- lebt in Stuttgart

Bündnis 90/Die GRÜNEN

- Seit 1984 Mitglied der GRÜNEN
- 1987 bis 1990 Landesvorsitzende in Baden-Württemberg
- 1990 bis 1991 Sprecherin im Bundesvorstand
- 1991 bis 1998 Politische Geschäftsführerin im Bundesvorstand der GRÜNEN bzw. von Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- 1999 Spitzenkandidatin für die Europawahl
- 2000 bis 2002 Mitglied des Parteirates von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Seit 2003 Mitglied des Parteirates von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
- 2004 Platz 3 der Liste zu den Europawahlen

Europäisches Parlament

- Seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments
- Derzeit Mitglied in den Ausschüssen für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und Wirtschafts- und Währungsunion, sowie stellvertretendes Mitglied im Frauenausschuss